

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

69. Sitzung
18. März 2021

Beginn: 15.01 Uhr
Schluss: 18.16 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner teilt mit, dass sich **Senatorin Sandra Scheeres** (SenBildJugFam) für die Ausschusssitzung aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Kultusministerkonferenz entschuldigen lasse.

Dirk Stettner (CDU) beantragt, den TOP 2 c hinter die Anhörung zu verschieben und damit zu TOP neu 3 b zu machen, da dieser TOP thematisch besser zu der Anhörung als zum Thema Corona passe. Außerdem erspare diese Verschiebung den Anzuhörenden Wartezeit.

Regina Kittler (LINKE) erklärt sich damit einverstanden, dass TOP 2 c verschoben werde. Sie sei jedoch dagegen, den TOP der Anhörung anzugliedern. Sie schlage stattdessen vor, den TOP 2 c zum neuen TOP 4 und entsprechend den „alten“ TOP 4 zu TOP 5 zu machen.

Dr. Maja Lasić (SPD) befürwortet den Antrag des Abgeordneten Stettner unter der Bedingung, dass TOP 2 c zusammen mit der Auswertung der heutigen Anhörung behandelt werde.

Dirk Stettner (CDU) erkennt beide Vorschläge als berechtigt an, schließe sich aber dem Vorschlag der Abgeordneten Kittler an, da die CDU-Fraktion gern ihren Antrag in der heutigen Sitzung zur Abstimmung bringen würde.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Vorschlag der Abgeordneten Kittler zu folgen und den TOP 2 c zum neuen TOP 4 zu machen.

Weiteres – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

„Wie unterstützt der Senat das Anliegen des Landeschülerausschusses, Schülerinnen und Schülern Räumlichkeiten außerhalb des häuslichen Umfeldes zum Lernen zur Verfügung zu stellen?“

(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) hält fest, dass SenBildJugFam das Anliegen des Landeschülerausschusses teile, da gute Rahmenbedingungen in einer ablenkungsarmen Umgebung für ein erfolgreiches Lernen zwingend notwendig seien. Neben der Absicherung von Prüfungen bekämen Präsenzangebote für Schülerinnen und Schüler, die sozial benachteiligt seien oder zu Hause keine geeigneten Lernmöglichkeiten vorfänden, oberste Priorität. Sogar während des Lockdowns sei versucht worden, diesen Schülerinnen und Schülern Lernräume zur Verfügung zu stellen, soweit die schulischen Rahmenbedingungen dies zugelassen hätten.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, inwieweit es Fortschritte gebe, auch alternative Raumangebote in den Blick zu nehmen.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, dass SenBildJugFam verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet habe. Die Schulen böten je nach Zielgruppe und Möglichkeiten ihrerseits Arbeitsräume an, beispielsweise Lernbüros, schulische Räume zu festgelegten Zeitfenstern, Bibliotheken, die von Lehrkräften oder pädagogischen Assistentinnen bzw. Assistenten betreut würden. Ferner gebe es die Hausaufgabenbetreuung, die SenBildJugFam auf den Weg gebracht habe, Lernunterstützung über Teach First und Unterstützungen durch Kooperationspartner im sozialen Bereich.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner schlägt vor, die Frage der FDP-Fraktion solle unter TOP 2 behandelt werden.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) informiert darüber, dass SenBildJugFam im Rahmen der Breitbandanbindung der Berliner Schulen ein Pilotvorhaben als sogenannten Proof of Concept umsetzen werde. Mit Hilfe dieses Testvorhabens würden die Anforderungen, die ein Breitbandanschluss an allen 701 allgemeinbildenden Schulen mit sich bringe, herausgearbeitet, um diese in die Ausschreibungen miteinfließen zu lassen. Im Rahmen dieses Pilotvorhabens bekämen mindestens 25 Schulen in diesem Schulhalbjahr Breitbandanschlüsse. Unabhängig davon bestehe weiterhin die Möglichkeit, die LTE-Router als Interimslösung zu nutzen. SenBildJugFam sei mit dem ITDZ dabei, einen Ausschreibungsservice umzuwan-

deln und Rahmenverträge abzurufen, um neben Breitbandanschlüssen auch WLAN-Verbindungen und passive Verkabelung zu ermöglichen.

Regina Kittler (LINKE) erkundigt sich, welcher Zeitplan bezüglich beider Vorhaben aufgestellt worden sei.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erläutert, dass die Verantwortung für die Breitbandausschreibung nicht allein bei SenBildJugFam, sondern maßgeblich bei dem ITDZ liege. Es sei zu beachten, dass bei einem großen europäischen Verfahren verschiedene Fristen eingehalten werden müssten. Dagegen könne bei der Beauftragung im Zusammenhang mit dem Proof of Concept mit einer schnelleren Umsetzung gerechnet werden, da diese im Rahmen eines sogenannten Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb vergeben worden seien. Der Einsatz sei aber pandemiebedingt nur an den Schulen möglich, an denen bereits alle Rahmenbedingungen für einen Anschluss vorhanden seien.

Dirk Stettner (CDU) erkundigt sich, ob sich der aktuelle Zeitplan, der die Ausschreibung und die Vergabe der Breitbandanschlüsse auf spätestens Ende dieses Jahres datiere, nun ändere.

Nach Angaben eines großen Anbieters könnten 376 Berliner Schulen sofort mit Breitbandanschlüssen versorgt werden. Die Staatssekretärin habe nur von 25 Schulen gesprochen, die im Rahmen des Proof of Concepts mit Breitband versorgt würden. – Wann sei an den übrigen Schulen mit schnellem Internet zu rechnen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) unterstreicht, das SenBildJugFam bemüht sei, die Zusagen für die Breitbandversorgung früher als Ende des Jahres zu erhalten. Gemeinsam mit dem ITDZ werde in einer Steuerungsgruppe daran gearbeitet, die Vergabe so schnell wie möglich zu realisieren. SenBildJugFam lägen keine Informationen über 376 Schulen, die mit Breitband versorgt werden könnten, vor. Sie freue sich, wenn der Abgeordnete Stettner ihr diese Informationen zukommen ließe.

Franziska Brychcy (LINKE) [zugeschaltet] fragt vor dem Hintergrund von Presseveröffentlichungen zu dem Thema Anschluss der Schulen an das Berliner Landesnetz, welche Bandbreite dabei anvisiert werde. – Werde das edukative von dem administrativen Netz getrennt?

Ferner erkundige sie sich nach der Kostenverteilung für das mobile Internet. Müssten möglicherweise die Schulen die Kosten selbst tragen?

Paul Fresdorf (FDP) fragt, wie der Verteilstatus der Selbst- und Schnelltests an Schulen aussehe.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) [zugeschaltet] fragt nach, ob der im Hauptausschuss genannte Zeitplan für die Breitbandversorgung hinfällig sei.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) begrüßt, dass der Ausschuss ein reges Interesse an schnellem Internet für die Schulen zeige. SenBildJugFam versuche gemeinsam mit dem ITDZ, den ursprünglichen Zeitplan zu straffen, und mit SenInnDS so schnell wie

möglich einen Zuschlag zu erreichen. Eine Voraussetzung sei dabei die Mitarbeit der Bezirke, z. B. bei Fragen des Denkmalschutzes.

Die Kosten für die LTE-Router als Interimslösung würden zurzeit über einen Titel von SenBildJugFam finanziert, sodass die Bezirke als Schulträger keine Kosten übernehmen müssten.

Die Schulen seien über die administrative Verwaltung im Rahmen der zentralen Schulverwaltungsumgebung in das Berliner Landesnetz integriert. Aus datenschutzrechtlichen Gründen sei eine Trennung zwischen dem edukativen und dem administrativen Bereich notwendig. SenBildJugFam befinde sich mit SenInnDS im Rahmen des E-Government-Gesetzes in einem Prozess, das Zielbild der Schul-IKT bezüglich der Einteilung in edukative und administrative Bereiche auszdifferenzieren. Auf Grundlage dieses Zielbilds würden dann die weiteren Ausschreibungsprozesse auf den Weg gebracht.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner spricht sich dafür aus, die Frage zu den Selbsttests des Abg. Fresdorf unter TOP 2 a als Erstes zu behandeln.

Dirk Stettner (CDU) trägt nach, dass er in der Ausschusssitzung am 21. Januar darüber berichtet habe, dass die Telekom im Oktober alle Schulen bezüglich Breitbandversorgung angeschrieben und sich nur 10 Prozent der Schulen zurückgemeldet hätten. SenBildJugFam habe dies bestätigt und angekündigt, in Verhandlungen mit der Telekom zu treten. Er verstehe daher die Aussage der Staatssekretärin nicht, dass diese Information vollkommen neu sei.

Wenn der Zeitplan, die Schulen mit Breitband auszustatten, bis Ende des Jahres nicht mehr zu halten sei, warum habe SenBildJugFam den Prozess nicht viel früher begonnen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erklärt, ein Angebot für 376 Schulen sei ihr nicht bekannt. Sie wisse lediglich von 100 Schulen. Es sei richtig, dass sich nur sehr wenige Schulen zurückgemeldet hätten. SenBildJugFam habe daraufhin mit zwei großen Anbietern einen Vertrag für LTE-Leitungen abgeschlossen. Bis auf maximal drei Schulen hätten alle Schulen zurückgemeldet, dass sie an dem Mobilfunkvertrag teilhaben wollten und sich für die Router bewürben. Ziel sei es, in den nächsten Monaten über 10 000 Geräte an die Schulen auszuliefern. Sie glaube, den Schulen sei es einerlei, ob die Leitungen über Glasfaser oder LTE liefen. Die Hauptsache sei, dass die Schulen über schnelles Internet verfügten und beispielsweise Hybridunterricht abgehalten werden könne.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) fragt, ob es gewährleistet sei, dass alle Schulen, die sich zurückgemeldet hätten, LTE-Router bekämen oder sei die Zahl der Cubes begrenzt.

Paul Fresdorf (FDP) weist darauf hin, dass der Breitbandausbau im Hauptausschuss unter der roten Nummer 3338 C mit einem konkretem Zeitplan versehen werde; das Ende des offenen Verfahrens sei dort auf den 10. November 2021 datiert. – Werde dieser Zeitplan eingehalten?

Dirk Stettner (CDU) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass das mobile Internet erst in den nächsten Monaten kommen werde. – Er wiederhole seine Frage, warum SenBildJugFam mit dem Ausschreibungs- und Vergabeprozess nicht schon in den letzten vier Jahren begonnen habe. Was habe sich jetzt geändert?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) vermutet, dass in den letzten vier Jahren die Mittel dafür nicht vorhanden gewesen seien. Jetzt seien diese Mittel im Haushalt eingestellt, es gebe einen Breitbandtitel, aus dem könne sich nun bedient werden.

Sie hoffe, dass in den nächsten zwei Monaten das Projekt umgesetzt sein werde. Es sei mit den Anbietern abgesprochen, dass in diesem Monat begonnen und dann ausgerollt werde.

Um die endgültige Zahl an LTE-Routern festzustellen, seien Plausibilitätsprüfungen durchgeführt worden. Ein Teil der Schulen habe – vielleicht aufgrund von Missverständnissen – zu viele Router angemeldet. Die Zahl sei auf rund 10 000 Geräte korrigiert worden, die nun bestellt und dann verteilt würden.

Sie wiederhole ihre Antwort, der ursprüngliche Zeitplan zum Breitbandausbau solle, wenn möglich, gestrafft werden – spätester Zeitpunkt sei der 10. November.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0328](#)
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen) BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0426](#)
Welche unterstützenden Maßnahmen und Strategien
plant der Senat aufgrund der Corona-Pandemie für
die Schulen in diesem und dem darauffolgenden
Schuljahr
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam

Dr. Maja Lasić (SPD) erklärt zu b, es müsse mit den Überlegungen begonnen werden, wie die Zeit nach der akuten Phase der Coronapandemie vorbereitet werde. Beispielsweise müsse geklärt werden, wie potenzielle Lernrückstände ermittelt und zukünftige Aufgaben reduziert würden, damit der liegengebliebene Lernstoff aufgeholt werde, und wie den Schülerinnen und Schülern Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Doppelbelastung des nächsten Schuljahres bewältigen könnten.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) berichtet, dass die Aussagen der Bildungsforschung bezüglich potenzieller Lernlücken sehr unterschiedlich seien. Einigkeit herrsche aber darüber, dass die Lernstände sehr heterogen seien und davon ausgegangen werden müsse, dass die Lernergebnisse nicht im üblichen Umfang erreicht werden könnten. Die fehlende Lernzeit solle beispielsweise durch exemplarisches Lernen und dem Herstellen fächerübergreifender Synergieeffekte aufgefangen werden. Dem Handlungsrahmen 2020/21 und den Fachbriefen folgend seien bereits Schwerpunktsetzungen in den schulischen Curricula erfolgt. Um bei der Planung und Umsetzung von Schwerpunktsetzungen mehr Flexibilität in der Unterrichtsplanung zu ermöglichen, würden in dieser Woche die Schulen darüber informiert werden, welche Prüfungsschwerpunkte SenBildJugFam für die 10. Klasse und für den Übergang von der 6. Klasse in die 7. Klasse vorsehen werde.

Von besonderer Wichtigkeit sei die individuelle Feststellung der Lernausgangslagen in den jeweiligen Jahrgangsstufen. SenBildJugFam werde dazu eine Hilfestellung verfassen, in der die Wichtigkeit der Erfassung der Lernstände der Schülerinnen und Schüler im laufenden Schuljahr sowie die dafür zur Verfügung stehenden Instrumente – wie Individuelle Lernstandsanalysen – ILeA plus –, Vergleichsarbeiten – VERA –, Lernausgangslage –LAL 7 – aufgeführt würden. Der Fokus liege dabei auf der Förderung.

Aktuell werde an einem Konzept zum Abbau von individuellen Lernrückständen in der Primarstufe gearbeitet. Es gehe darum, Förderpläne und Feedback-Gespräche zur Kompetenzentwicklung in den Kernfächern, auch unter Einbeziehung der Eltern, durchzuführen, ferner Anbieter der ergänzenden Lernförderung, wie Sportvereine oder Träger der freien Jugendhilfe, einzubinden und Lerncoachings zu vereinbaren.

Für die Lernbrücken habe gestern der Hauptausschuss die Mittel bis zu den Sommerferien freigegeben; darüber hinaus werde die Oster- und Sommerschule fortgeführt. Das Projekt Teach First werde ab kommendem Schuljahr ausgeweitet. Derzeit arbeiteten in Berlin 47 Fellows, weitere 28 würden in den nächsten zwei Schuljahren an ausgewählten Schulen hinzukommen. Das Programm Schulcoaches werde ebenfalls ab dem kommenden Schuljahr ausgeweitet. In diesem Programm würden Jugendliche ab der Klasse 9, die möglicherweise die Schule ohne Abschluss verließen, intensiv begleitet.

Ein weiterer wichtiger Punkt sei es, die Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen. Es seien Oster- und Sommerferienschwimmkurse geplant, um besonders die Kleinen in den Blick zu nehmen.

Die Selbsttestungen an den Schulen seien in dieser Woche gestartet. 3 Millionen Schnelltests der Firma nal van Minden befänden sich an den Schulen, die durch geschultes Personal an den Schulen angewandt würden. Die Zulassung dieser Schnelltests zu Selbsttests stehe weiterhin aus. SenBildJugFam befinde sich diesbezüglich mit dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte – BfArM –, der Ethikkommission und dem Paul-Ehrlich-Institut im Gespräch. SenGPG habe SenBildJugFam Schnelltests der Firmen Siemens und Roche zukommen lassen, die nach und nach an die Schulen ausgeliefert würden.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) berichtet, dass die Kitas weiterhin eingeschränkt geöffnet seien. Allerdings steige die Inanspruchnahme deutlich an. Die Auslastung liege derzeit bei 71 Prozent. Es gebe aber weiterhin mehr angemeldete als tatsächlich in den

Kitas anwesende Kinder, offenbar seien nicht alle gemeldeten Kinder jeden Tag anwesend. Insgesamt seien 86 Prozent der Kinder angemeldet. Es seien auch wieder Teilzeitbetreuungen möglich, gleichzeitig blieben die Eltern aufgefordert, ihren konkreten Betreuungsbedarf individuell zu prüfen.

Das Impfen des Kitapersonals mit Astrazeneca sei aktuell unterbrochen. Die Gesundheitssenatorin habe die Zusicherung gegeben, dass das Impfen fortgeführt werde, sobald es wieder eine Freigabe des Impfstoffs gebe. Die Kitaträger und Fachkräfte seien darüber informiert, dass verfallende Impftermine an allen anderen Impfzentren nachgeholt werden könnten. Durch solche Störungen des Impfablaufs verlängere sich vermutlich der prognostizierte Zeitraum von zwei Monaten, in dem das Impfen der Kitafachkräfte durchgeführt sein sollte.

An dieser Stelle beantworte sie auch die Frage der Fraktion der FDP:

Am 12. März hat die Senatsverwaltung Elterninformationen zu ergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, die ein erhöhtes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf bei einer Covid-19-Erkrankung haben oder die aufgrund einer nahestehenden Person mit erhöhtem Risiko nicht am normalen Kitabetrieb teilnehmen können, versendet. Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat, welche Erkenntnisse ihm zur tatsächlichen Zahl dieser „Risikokinder“, die selbst gefährdet sind oder als Kontaktperson von verletzlichen Familienangehörigen nicht am Kitabetrieb teilnehmen sollten, vorliegen?

Hinsichtlich Risikokindern und Risikopersonals habe der Hauptausschuss die Möglichkeit eröffnet, mit den Trägern eine Vereinbarung zu treffen, die zum einen gesonderte Regelungen zur Betreuung von Risikokindern und zum anderen Ersatz bei Ausfall von Risikopersonal ermöglichen. Etwa 580 Kinder, das entspreche 0,45 Prozent der zurzeit betreuten Kinder, gälten als Risikokinder. SenBildJugFam habe die Eltern dieser Kinder in einem Brief ermutigt, sich mit ihren Tageseinrichtungen bezüglich individuell abgestimmten Betreuungssettings in Verbindung zu setzen. Angesichts der weiterhin angespannten Pandemiesituation sei die Betreuung von Risikokindern ein wesentliches Thema.

Das im Hauptausschuss beschlossene Paket für den Bildungsbereich ermögliche auch die Verlängerung der stark nachgefragten „Mobilen Jugend-Lern-Hilfe.Jetzt“ zur Unterstützung von Kindern in stationären Jugendhilfeeinrichtungen bis zu den Sommerferien.

SenBildJugFam habe eine erneute Fortschreibung der Regularien zur Jugendarbeit und für Abenteuerspielplätze herausgegeben. Betreuungssettings in Gruppen bis zu fünf Personen seien dort möglich.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, ob SenBildJugFam für Erzieherinnen und Erzieher eine Hotline zum Thema Astrazeneca eingerichtet habe, um Verunsicherungen entgegen zu wirken. – Wann sei die Verteilung der Selbst- und Schnelltests an Schulen so weit fortgeschritten, dass alle Schulen ausreichend versorgt seien?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt vor dem Hintergrund, dass sie ein offener Brief von Eltern pflegebedürftiger Kindern erreicht habe, an wen sich die Eltern, die ihre Kinder

ohne Pflegedienst selbst pflegten, bezüglich eines Impfangebots wenden könnten. SenGPG sei dafür nach eigener Aussage nicht zuständig.

Sie bedanke sich für die Ausführungen, wie man die durch Corona bedingten Defizite bei Kindern und Jugendlichen abmildern könne. Wie gehe SenBildJugFam mit dem Thema Schuldistanz um? Werde beispielsweise auch die Möglichkeit, mehr Kleinklassen einzurichten, in den Blick genommen? – Gebe es ein Grundkonzept zu den vielen einzelnen Projekten, das die Einordnung in verschiedene Bereiche erleichtere?

Im Austausch mit Schulleitungen, Erzieherinnen und Erziehern, sowie Lehrerinnen und Lehrern habe sie den Wunsch nach fachlichem Austausch stark vernommen, auf dessen Grundlage die Fachkräfte Maßnahmen für ihre Schülerschaft individuell entwickeln könnten.

Inwiefern stelle sich der Kitabereich auf die vermutlich hohe Zahl zurückgestellter Kinder in diesem Jahr ein?

Regina Kittler (LINKE) hebt hervor, dass die Hauptverantwortung für die Lernstandserfassung bei den Fachbereichsleitern sowie den Lehrerinnen und Lehrern liege, die sich ohnehin laufend mit dem Lernstand ihrer Schülerinnen und Schüler befassen.

Sie würde gern wissen, ob und wenn ja, wie der Senat für dieses und das kommende Schuljahr Mindeststandards für jedes Fach formuliere, damit die Lehrerschaft ihre schulinternen Curricula anpassen könnten. – Wie könne der Übergang nach der 7. Klasse so geregelt werden, dass sich die weiterführenden Schulen bzw. die Berufsschulen auf den Lernstand einstellen könnten?

In der vorletzten Ausschusssitzung habe SenBildJugFam davon gesprochen, dass zusätzliches Personal an die Schulen geholt werde, wie sei dort der Stand?

Bis wann sei mit den Roche-Tests an den Schulen zu rechnen? Welche Informationen gäbe es dazu für die Lehrer- bzw. die Schüler- und Elternschaft? – Wie sei der Stand bezüglich der Impfungen der Lehrerinnen und Lehrer der Grundstufe der Gemeinschaftsschulen und der grundständigen Gymnasien? Sei es sichergestellt, dass auch Kolleginnen und Kollegen dieser Jahrgänge geimpft würden? – Habe SenBildJugFam Kenntnis darüber, ob der Senat den Impfstoff Sputnik bestellt habe?

Erhielten die Reinigungskräfte an den Grund- und Förderschulen ebenfalls im Rahmen des Schulimpfplans eine Impfung? – Sei das Impfen von Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen organisiert?

Roman Simon (CDU) fragt, ob die zusätzlichen Schwimmkurse allen Drittklässlern angeboten würden. Falls nicht, gebe es ein Alternativangebot? Warum würden die derzeit geschlossenen Schwimmbäder nicht dafür genutzt?

Wie viele Kitaeinrichtungen seien zurzeit coronabedingt geschlossen – teilweise oder vollständig? – Wie viel Personal falle aktuell pandemiebedingt aus?

Befinde sich der Senat hinsichtlich der Unterstützung von Familien in der Pandemie im Austausch mit anderen europäischen Regionen?

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) führt aus, auf der Homepage www.einfach-testen.berlin könnten sich Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler über Anleitungsvideos und Gebrauchsanweisungen zu allen Tests, die an den Schulen zum Einsatz kämen, in elf Sprachen informieren. Flankierend dazu habe SenBildJugFam Schreiben verfasst, die die Eltern und die Schulen über die Durchführung der Tests informierten.

Die Tests seien bereits an alle Schulen ausgeliefert. Hinsichtlich der Roche-Tests rechne sie damit, dass diese spätestens Anfang April an die Grundschulen geliefert würden, sodass nach den Osterferien an allen Schulen die bis dahin zugelassenen Selbsttests vorliegen müssten. Sobald BfArM die Zulassung erteile, stünden den Schulen insgesamt 3 Millionen Selbsttests zur Verfügung.

Bezüglich Kleingruppen, Schließung sozialer Lücken, Ausweitung temporärer Lerngruppen verweise sie auf einen Leitfaden, den SenBildJugFam auch den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren – SIBUZ – zur Verfügung gestellt habe. Das Problem Schuldistanz werde sehr ernst genommen, auch deshalb sei die bewilligte Ausweitung der Lernbrücken sehr wichtig.

Aus den Lehrerkollegien sei die klare Rückmeldung gekommen, SenBildJugFam solle nicht die schulinternen Curricula verändern, sondern Schwerpunkte nennen, nach denen sich die Schulen ausrichten könnten.

Schwimmunterricht werde allen Schülerinnen und Schülern der Jahrgangstufe 3 ermöglicht.

Es gebe noch kein Impfangebot für Lehrkörper der weiterführenden Schulen. Zurzeit hätten die Grundschullehrkräfte ihre Impfcodes erhalten. – Die Reinigungskräfte an den Schulen würden nicht im Rahmen des Schulimpfplans mitgeimpft.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) führt aus, dass SenGPG eine Hotline bezüglich Impfverschiebungen eingerichtet habe. Darüber hinaus gebe es bei SenBildJugFam ein Funktionspostfach, wo spezielle Fragen gestellt werden könnten.

Zurzeit seien 3 Prozent der Tageseinrichtungen pandemiebedingt geschlossen. 83 Kitas befänden sich in Komplett- oder Teilschließung. Insgesamt seien 58 Beschäftigte, 18 Kinder und 1 Elternteil positiv getestet worden.

Es herrsche darüber Einigkeit, dass das Impfen von Eltern pflegebedürftiger Kinder einer Klärung bedürfe. Bislang liege die Zuständigkeit von SenBildJugFam vorwiegend in der Impfung der Fachkräfte. Wie das Impfen von Eltern pflegebedürftiger Kinder logistisch durchgeführt werden könne, müsse noch mit SenGPG abgestimmt werden.

Paul Fresdorf (FDP) bemerkt, dass er zurzeit die Homepage www.einfach-testen.berlin nicht aufrufen könne.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) weist darauf hin, dass die Homepage auch über die Website www.berlin.de aufgerufen werden könne und über die Homepage von SenBildJugFam unter der Rubrik Corona zu finden sei.

Regina Kittler (LINKE) erinnert daran, dass ihre Fragen nach dem Stand des zusätzlichen Personals an den Schulen und ob der Senat den Impfstoff Sputnik bestellt habe noch unbeantwortet seien. – Ferner interessiere sie, warum angesichts hoher Inzidenzwerte gerade bei Kindern und Jugendlichen die Selbsttests der Firma Roche erst in den nächsten Wochen ausgeliefert würden.

Andreas Wild (fraktionslos) fragt angesichts der coronabedingten Schließung der Mary-Poppins-Grundschule, wie viele Kinder erkrankt und wie viele positiv getestet seien. Er mache erneut darauf aufmerksam, dass das Testen symptomfreier Menschen nach Überzeugung der meisten Ärzte völlig sinnlos sei. Die Werte dienten nur als Vorwand, Berlin lahmzulegen.

Er pflichte den Ausführungen der Staatssekretärin bezüglich des Schwimmunterrichts bei, dass verhindert werden müsse, dass Kinder untergingen. Dieses Bemühen stehe aber im Gegensatz zu den wochenlangen Schulschließungen, die dazu führten, dass die Kinder nicht im Schwimmbekken, sondern im Leben untergehen würden. Dafür trügen SenBildJugFam und der Senat insgesamt die Verantwortung.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) erläutert, als zusätzliches Personal für die Schulen würden Fellows, medizinische Studierende und pädagogische Assistentinnen und Assistenten eingestellt. – Aktuell seien 170 000 Roche-Tests an die Schulen geliefert worden. Ab dem 22. März würden weitere 2 Millionen folgen. – Die Mary-Poppins-Grundschule sei nicht geschlossen worden, sondern habe sich aufgrund 16 positiver Fälle entschieden, in den Distanzunterricht zu wechseln. Die Schule sei diesbezüglich sehr gut aufgestellt. – Sie habe keinerlei Informationen, dass der Senat den Impfstoff Sputnik bestellt habe.

Christian Blume (SenBildJugFam) führt ergänzend aus, dass ungefähr 450 pädagogische Assistentinnen und Assistenten und rund 120 medizinische Studierende an den Schulen eingestellt worden seien.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen. Der TOP 2 a werde auf die nächste Sitzung vertagt, und der TOP 2 b sei abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Verpflichtende Sprachförderung nach § 55
Schulgesetz: Probleme und Lösungsansätze, um dem
Anspruch der Kinder besser gerecht zu werden**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0290](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung (alt 2 c)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1953
**Einführung einer verpflichtenden Sommerschule für
Berlins Schülerinnen und Schüler mit ungenügenden
Deutschkenntnissen – das Berliner Schulsystem
reformieren**

[0258](#)
BildJugFam(f)
IntArbSoz

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner weist darauf hin, der mitberatende Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales empfehle mehrheitlich, der Antrag solle auch mit geändertem Berichtsdatum „1. September 2021“ abgelehnt werden.

Dirk Stettner (CDU) bekräftigt, die Anhörung habe gezeigt, dass eine verpflichtende Sprachförderung vor der Einschulung nicht umgesetzt werden könne. Viele Schülerinnen und Schüler würden aber in der Grundschule abgehängt, dies zeigten die Vergleichsarbeiten VERA 3 und die hohen Abbruchquoten. Es sei zu erwarten, dass durch die Pandemie weitere Bildungsdefizite entstehen würden. Die CDU-Fraktion befürworte, freie Schulräume zu nutzen und Schülerinnen und Schülern mit ungenügenden Deutschkenntnissen in den Ferien zu Sprachförderkursen zu verpflichten. – Er bitte darum, das Berichtsdatum in „1. September 2021“ zu verändern.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) stimmt zu, dass Förderangebote in den Ferien zusätzliche Lernzeit ermöglichen und sich positiv auf die Sprachkompetenzen auswirken. Deshalb gebe es seit 2016 ein Integrationsangebot, die sogenannten Ferienschulen – nicht zu verwechseln mit den aktuellen Oster-, Sommer-, Herbst- und Winterschulen –, die sich vorrangig an Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung richteten, darüber hinaus aber auch anderen Kindern, die Sprachförderung benötigten, offen stünden. Eine Verpflichtung zur Teilnahme an Ferienangeboten bedürfe einer Änderung des Schulgesetzes. Darüber hinaus sollte bei einer verpflichtenden Teilnahme die Durchführung durch Lehrkräfte erfolgen. Dies sei vermutlich auch finanziell schwer umsetzbar. SenBildJugFam setze daher auf die freiwillige Teilnahme und biete diesbezüglich eine große Auswahl an Angeboten – auch zu den Themen Integration und Aufholen von Lernrückständen.

Dirk Stettner (CDU) weist darauf hin, dass die genannten Ferienschulen lediglich 1 800 bis 2 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufnehmen könnten. Das sei keine Lösung für das Problem, dass 20 Prozent bis 30 Prozent der Grundschüler aufgrund von Sprachdefiziten Gefahr liefen, verloren zu gehen. Die Kosten und die menschlichen Schicksale, die dadurch produziert würden, seien bei Weitem gravierender als die Kosten für zusätzliche Lehrkräfte.

Regina Kittler (LINKE) bekundet, sie schließe sich der Stellungnahme des Senats an. Es sei wichtig, Schülerinnen und Schülern außerunterrichtliche Angebote zu machen, die während der Schulzeit stattfänden. Eine gesetzliche Änderung, die eine Verpflichtung dieser Angebote ermögliche, würde sie nicht mittragen.

Dennis Buchner (SPD) hebt hervor, dass Kinder, die nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügten, durch die verpflichtende Teilnahme an einer Sommerschule zusätzlich bestraft würden. Die äußerste Konsequenz dieses Zwangs wäre, die Kinder notfalls von der Polizei vorfahren zu lassen. Das sei nicht die Art Bildungspolitik, für die er einstehe. Die Förderungsangebote müssten stattdessen in den schulischen Ganztags integriert bzw. schon vor dem Schuleintritt eingeführt werden.

Paul Fresdorf (FDP) erklärt, er stimme dem Anliegen der CDU-Fraktion zu, gleichwohl sei eine Verpflichtung nicht der richtige Weg. Es sei sinnvoll, die Sommerschule wie bisher auf freiwilliger Basis in Absprache mit den Lehrerinnen und Lehrern fortzuführen. Anfallende Kosten dürften kein Gegenargument für ein solches Modell sein.

Franz Kerker (AfD) unterstreicht, dass die AfD-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion unterstütze. Es gebe positive Beispiele aus anderen Ländern, in denen Sommerschulen seit Jahrzehnten etabliert seien. Die Laissez-faire-Haltung der SPD-Fraktion der letzten 25 Jahre habe zu den aktuellen Verhältnissen in Wedding und Neukölln geführt. Die Leuten bräuchten klare Abmachungen; nur daran sei ein Erfolg zu messen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erinnert daran, auch auf Betreiben der CDU-Fraktion sollten die Kinderrechte im Grundgesetz gestärkt werden. In der UN-Kinderrechtskonvention sei ein Anspruch auf Freizeit, Spiel und Spaß kodifiziert, darüber hinaus gebe es ein Bundesurlaubsgesetz, das einen Anspruch auf Erholung und Freizeit festschreibe. Dies gelte selbstverständlich auch für Kinder. Dagegen stehe die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Vorschlägen, beispielsweise im Rahmen des Jugendförderungsgesetzes Reisen kombiniert mit Sprachförderung anzubieten – Stichwort: Motivation statt Law and Order –, durchaus offen gegenüber.

Andreas Wild (fraktionslos) unterstreicht, dass es nur mit Zwang funktioniere. Die Schulpflicht in Deutschland bestehe deswegen, weil die Leute nicht freiwillig in die Schule gehen würden. Wer hier leben wolle, habe Deutschland gegenüber eine Bringpflicht, die Sprache gut zu beherrschen. Von dem, der die Sprache nicht beherrsche, könne der Gaststaat fordern, die Sommerferien zu nutzen. Es gebe kein Menschenrecht auf Sommerferien. Das sei völliger Blödsinn.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner weist darauf hin, dass sich die Sprachförderung nicht nur an Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache richte.

Dirk Stettner (CDU) distanziert sich ausdrücklich davon, dass alles, was eine Pflicht beinhaltet, aus einer rechtsradikale Ecke komme. Die CDU-Fraktion stelle fest, dass freiwillige Angebote nicht funktionierten. Es ändere nichts, davor die Augen zu verschließen und weiterhin zuzulassen, dass 20 Prozent bis 30 Prozent der Kinder die Schule ohne Abschluss verließen.

Paul Fresdorf (FDP) weist darauf hin, dass die freiwilligen Ferienkurse, die wegen Corona stattfänden, gut funktionierten – ohne Zwang und im Einvernehmen mit den Kindern und Eltern. Er bedanke sich bei Herrn Wild und Herrn Kerker, die die Unterschiede zwischen den Fraktionen noch einmal deutlich gezeigt hätten. Die CDU-Fraktion könne allerdings nichts dafür, wenn sich die falschen Befürworter ihres Antrags zu Wort meldeten.

Dirk Stettner (CDU) möchte wissen, ob der Antrag mit folgenden Ergänzungen auf Zustimmung stoßen würde: „auf freiwilliger Basis, wenn das nicht funktioniert, dann verpflichtend“. In diesem Falle würde er den Antrag sogleich dahingehend ändern.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrag Drucksache 18/1953 auch mit geändertem Berichtsdatum „1. September 2021“ zu empfehlen.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner hält fest, dass eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum ergehen werde.

Roman Simon (CDU) beantragt eine Vertagung aller weiteren Tagesordnungspunkte.

Stefanie Remlinger (GRÜNE) entgegnet, die Tagesordnungspunkte sollten ohne Aussprache behandelt werden.

Der **Ausschuss** lehnt die Vertagung der weiteren Tagesordnungspunkte ab.

Punkt 5 der Tageordnung (alt 4)

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|
| a) Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2233
Jugend und Verkehrssicherheit –
Jugendverkehrsschulen stärken | 0268
BildJugFam(f)
UmVerk*
Haupt |
| b) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 18/3357
Jugendverkehrsschulen dauerhaft sichern,
konzeptionell weiterentwickeln und ihre
Arbeitsfähigkeit gewährleisten | 0410
BildJugFam(f)
UmVerk* |

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner weist auf die Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und Verkehr hin, der zum Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/2233 – empfehle, diesen auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2021“ abzulehnen. Zum Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 18/3357 – empfehle der Ausschuss die Annahme.

Dirk Stettner (CDU) erläutert zu 5 a, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag bereits im Jahr 2019 eingebracht habe. Er kündige an, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der Koalition zustimmen werde. – Er bitte darum, das Berichtsdatum in „30. Juni 2021“ zu verändern.

Regina Kittler (LINKE) erklärt zu 5 b, im Verkehrssicherheitsprogramm 2020 des Senats sei festgestellt worden, dass Kinder und Jugendliche zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu den Hauptrisikogruppen in Unfallgeschehen gehörten. Vor dem Hintergrund, dass in der letzten Legislaturperiode mehrere Jugendverkehrsschulen geschlossen worden seien, sei im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden, dass Jugendverkehrsschulen baulich, finanziell und personell angemessen auszustatten seien. Im vorangehenden und im laufenden Haushalt seien dafür Mittel eingestellt worden. Mit diesem Antrag würden die Jugendverkehrsschulen dauerhaft gesichert. Gleichzeitig werde ein gesamtstädtisches Konzept gemeinsam mit dem Land und den Bezirken entwickelt, das ressortübergreifend für alle Bezirke eine vergleichbare Ausstattung sicherstellen werde.

Staatssekretärin Beate Stoffers (SenBildJugFam) unterstreicht, dass die Entwicklung der Jugendverkehrsschulen in den letzten Jahren sehr positiv verlaufen sei, gleichwohl benötige die Stabilisierung und der Ausbau der Strukturen sowie die Gewährleistung einer systematischen, fachlichen Entwicklung weitere Investitionen. Daher befürworte SenBildJugFam ausdrücklich diesen Antrag.

Vorsitzende Emine Demirbügen-Wegner stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum über den Hauptausschuss, der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 18/2233 – solle auch mit dem geänderten Berichtsdatum „30. Juni 2021“ abgelehnt werden. Weiter empfehle er dem Plenum, dem Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 18/3357 – möge zugestimmt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung (alt 5)

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.